



Joshua Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Joshua Frey, MdL, Haager Str. 14, D-79539 Lörrach



JOSHA FREY

Europapolitischer Sprecher

Mitglied im Sozialausschuss

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 STUTTGART
Telefon (0711) 2063-645
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: josef.frey@gruene.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Haager Str. 14
79539 Lörrach
Telefon (07621) 5839520
Telefax (0711) 2063-14645
Mail: wahlkreisbuero@josh-frey.de

PRESSEMITTEILUNG

Lörrach, 20. März 2014

Geld für Kommunen und Kreise kann jederzeit verbaut werden/ Grün-rot ist ein verlässlicher Partner in Verkehrsprojekten

Joshua Frey: CDU will offenbar bereits finanzierte Projekte verhindern

Kein Verständnis für die derzeitige Verkehrsdiskussion im Kreis- und Landtag zeigt der Lörracher Landtagsabgeordnete Joshua Frey (GRÜNE). „Das Geld ist da und kann verbaut werden. Wir werden es den Kommunen nicht wegnehmen“, betont Joshua Frey. Den CDU-Vorschlag, Mittel aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) für andere Projekte zu verwenden, hat die Fraktion GRÜNE im Landtag daher auch zurückgewiesen.

„Wir sorgen dafür, dass die Mittel nach dem LGVFG nicht zurückgehalten werden, sondern wie versprochen jederzeit verwendet werden können. Damit zeigt die Landesregierung, dass sie ein verlässlicher Partner für die Kommunen und Landkreise ist“, fasst der Abgeordnete das Vorgehen der grün-roten Landesregierung zusammen. Damit handelt Baden-Württemberg weitsichtiger als der Bund, schließlich entzieht das Bundesverkehrsministerium den Ländern noch nicht verbaute Ausgleichsmittel für den Bundesfernstraßenbau.

„Wir sorgen dafür, dass das Geld wirklich zweckgebunden in Straßen, Bahnen und Radwege in den Landkreisen und Kommunen geht – und nur dorthin“, macht der Abgeordnete der GRÜNEN deutlich. Die Forderung der CDU Fraktion, das von den Kommunen noch nicht ausgegebene Geld nicht für diese aufzuheben, sondern für „dringende Straßenbaumaßnahmen“ auszugeben, würde bedeuten, die Bindung an Projekte aufzulösen. Damit fiel eine Vielzahl von Projekten wieder zurück in die Warteschleife. So gerieten etliche Kommunalstraßen in Gefahr und auch die aus Sicherheitsgründen dringend notwendige Beseitigung von Bahnübergängen wäre nicht mehr finanziert.

„Wenn die Kreise und Kommunen für Projekte länger brauchen, werden wir ihnen das bewilligte Geld nicht wegnehmen, wie es die CDU fordert. Die Mittel sind alle an konkrete, kommunale Projekte gebunden. Wenn es dort weitergeht, gibt es Geld dafür. Wenn wir zurückziehen würden, könnten die Kommunen und Kreise nicht mehr verlässlich planen. Es fließt alles in die kommunale Verkehrsinfrastruktur – daran halten wir fest“, betont der Lörracher Abgeordnete Josha Frey.

Vorbei sei im Land die Zeit der leeren Versprechen: „Wir schauen erst, wie viel Geld wir für die Kommunen haben und geben es ihnen dann verlässlich“, so Josha Frey.

Grün-Rot habe bei den Fiskalpaktverhandlungen sichergestellt, dass die Mittel bis 2019 gewährt werden. 165 Millionen Euro stehen den Landkreisen und Kommunen im Land pro Jahr zur Verfügung – bis 2019 ist das eine Milliarde Euro. Wäre es nach der damals CDU-geführten Bundesregierung gegangen, wären die Mittel weitaus früher ausgelaufen. Aber die von Grünen und SPD regierten Länder konnten im Bundesrat die von 2014 an geplante Kürzung der Bundesmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur verhindern.

Weitere Infos zum LGVFG:

<http://mvi.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/presse/pressemitteilung/pid/fragen-und-antworten-zur-neugestaltung-der-foerderung-kommunaler-verkehrsprojekte-nach-dem-lgvfg-la/>